



## Arbeitswissen zum Lernmodul: Österreichs Weg in die EU

### Glossar zu Österreichs Weg in die EU und zur Europäischen Union

Das untenstehende Glossar soll v.a. zu einem Verständnis der auf [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) vorhandenen Videos zu Österreichs Integration in die EU dienen.

#### ***Busek Erhard***

Ehemaliger ÖVP-Politiker. Erhard Busek wurde 1941 in Wien geboren. Er studierte Jus und übte danach verschiedene politische Funktionen im Wirtschaftsbund, in der Wiener Landesregierung, der ÖVP, dem österreichischen Nationalrat und der österreichischen Bundesregierung aus. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts war Erhard Busek Vizekanzler in einer SPÖ-ÖVP-Regierung.

#### ***Ederer, Brigitte***

Ehemalige SPÖ-Politikerin. Brigitte Ederer wurde 1956 in Wien geboren. Sie studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien und war von 1977 bis 1992 Angestellte der Kammer für Arbeiter und Angestellte. In den folgenden Jahren war sie Abgeordnete zum Nationalrat, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin und Finanzstadträtin von Wien. Als Staatssekretärin im Bundeskanzleramt war sie wesentlich an der Vorbereitung des EU-Beitritts Österreichs beteiligt. Nach ihrem Ausscheiden aus der Politik 2001 wechselte Brigitte Ederer zu Siemens Österreich.

#### ***EFTA***

Die Europäische Freihandelszone (EFTA) wurde 1960 in Reaktion auf die Bildung der EWG gegründet, um der Gefahr einer wirtschaftlichen Diskriminierung durch eine Nichtmitgliedschaft in der EWG vorzubeugen. Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben Dänemark, Großbritannien, Norwegen und Portugal auch die neutralen Staaten Österreich, Schweden und die Schweiz. Im Laufe der Jahre entwickelten beide Organisationen (EWG und EFTA) eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, die 1994 in die Bildung des Europäischen Wirtschaftsraumes mündete. Dadurch, dass zahlreiche Mitgliedsstaaten der EFTA mittlerweile der EU beigetreten sind, hat die EFTA jedoch an Bedeutung verloren. So umfasst die EFTA nach dem EU-Beitritt Finnlands, Schwedens und Österreichs im Jahr 1995 heute (2014) nur mehr die Mitgliedsstaaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz.

#### ***Europarat***

Internationale zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Straßburg. Der Europarat wurde am 10. Mai 1949 von zehn europäischen Staaten gegründet, um nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa gemeinsame und demokratische Prinzipien und einen engeren Zusammenschluss zwischen seinen Mitgliedsstaaten zu verwirklichen. Österreich trat dem Europarat 1956 bei. Heute (2014) zählt der Europarat 47 Mitglieder. Der Europarat beschäftigt sich u.a. mit dem Schutz der Menschenrechte, der Humanisierung des Arbeitslebens, dem gemeinsamen Schutz und der Nutzung natürlicher Ressourcen sowie mit Fragen der Erziehungs- und Bildungspolitik. Zu den vom Europarat verabschiedeten Konventionen zählen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und erniedrigender Behandlung oder Strafe (Antifolter-Konvention), die Europäische Sozialcharta und die Europäische Kulturkonvention. Die Organe des Europarats sind das Ministerkomitee als Entscheidungsorgan, die Parlamentarische Versammlung und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas als beratende Organe. Institutionell ist der Europarat nicht mit der Europäischen Union verbunden. Seit 1986 verwendet die EU aber dieselbe Flagge und Hymne wie der Europarat.

### ***EU/Europäische Union***

Wirtschaftliches und politisches Bündnis von 28 Staaten in Europa. Der Begriff „Europäische Union“ wurde erstmals auf der Pariser Gipfelkonferenz 1972 geprägt. 1992 wurden in den „Verträgen über die Europäische Union“ die Bereiche, in denen die Europäische Gemeinschaft bis dahin zusammengearbeitet hatte, erweitert. Diese Verträge, die auch „Maastrichter Verträge“ genannt werden, traten im November 1993 in Kraft. Damit wurde ein gemeinsames Dach für die bisherigen Europäischen Gemeinschaften (EWG, ab dem Maastrichter Vertrag Europäische Gemeinschaft EG), EURATOM und EGKS (Vertrag 2002 ausgelaufen), die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres gegründet.

### ***EWG/Europäische Wirtschaftsgemeinschaft***

Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) von den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet. Die EWG war und blieb die mit Abstand wichtigste der drei Organisationen. Ihre wesentlichen Ziele waren der Aufbau eines gemeinsamen Marktes auf der Basis einer Zollunion, d.h. der Abbau aller Wirtschaftsschranken, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Hebung des Lebensstandards in der Gemeinschaft. Sie folgte wie die EGKS dem Modell der wirtschaftlichen Integration, mit dem sich die Erwartung verband, dass die wirtschaftliche Integration mittelfristig eine politische Integration nach sich ziehen würde. Mit dem Fusionsvertrag 1965 (in Kraft seit 1967) wurden die Organe der Europäischen Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS durch die Schaffung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission für alle drei Gemeinschaften verbunden, die den Organisationen jeweils zu Grunde liegenden Verträge galten weiterhin. Durch den Vertrag von Maastricht wurde die Bezeichnung der EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) geändert.

### ***EWG-Freihandelsabkommen***

Im Juli 1972 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA- und EWG-Staaten abgeschlossen, um die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten – v.a. im Bereich der Zölle – zu erleichtern. Das Abkommen zwischen der EWG und den sechs EFTA-Staaten Österreich, Schweiz, Schweden, Portugal, Island und Finnland trat am 1.1.1973 in Kraft.

### ***Figl, Leopold***

Ehemaliger ÖVP-Politiker. Leopold Figl wurde 1902 in Rust im Tullnerfeld (Niederösterreich) geboren. Er studierte an der Wiener Universität für Bodenkultur, hatte zentrale Funktionen im (Niederösterreichischen) Bauernbund, der Christlichsozialen Partei sowie dem „Ständestaat“ und der ÖVP inne. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde Figl in mehrere Konzentrationslager verschleppt. 1945 war er in den ersten Tagen nach Kriegsende Landeshauptmann von Niederösterreich und gehörte zu den Mitbegründern der ÖVP. Nach den Wahlen im November 1945 wurde Figl Bundeskanzler, was er bis 1953 blieb, Bundesparteiobermann der ÖVP war er bis 1952. 1953 wurde er Außenminister und unterzeichnete als solcher am 15. Mai 1955 den Staatsvertrag und 1956 den Beitritt Österreichs zum Europarat. Nach seinem Ausscheiden aus dieser Funktion wurde Figl 1959 zum Nationalratspräsidenten gewählt. Von 1962 bis zu seinem Tod 1965 war Figl Landeshauptmann von Niederösterreich.

### **Kreisky, Bruno**

Ehemaliger SPÖ-Politiker. Bruno Kreisky wurde 1911 in eine großbürgerliche jüdische Wiener Familie geboren und schloss sich bereits in seiner Jugend der Sozialdemokratie an. Während des „Ständestaates“ wurde er verhaftet. 1938 musste er nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich nach Schweden emigrieren. 1946 kehrte er erstmals und 1951 endgültig nach Österreich zurück. Ab 1953 war er Staatssekretär im Außenamt und nahm als solcher auch an den Staatsvertragsverhandlungen teil. 1956 zog Kreisky in den Nationalrat ein, 1959 wurde er Außenminister und 1967 Parteivorsitzender der SPÖ. Bundeskanzler war Kreisky von 1970 bis 1983. Seine Kanzlerschaft war geprägt durch eine Modernisierung Österreichs und eine aktive Außenpolitik, mit der EWG wurde 1973 ein Freihandelsabkommen geschlossen.

### **Mock, Alois**

Ehemaliger ÖVP-Politiker. Alois Mock wurde 1934 in Euratsfeld (Niederösterreich) geboren und studierte Rechtswissenschaften in Wien. Seine berufliche Karriere begann im Unterrichtsministerium, von wo er ins Bundeskanzleramt wechselte. Ab 1962 arbeitete er in der österreichischen OECD-Vertretung in Paris. Im Mai 1965 holte ihn Bundeskanzler Josef Klaus als Sekretär in sein Kanzlerbüro, 1969 avancierte er (allerdings nur für etwas mehr als zehn Monate) zum Bundesminister für Unterricht. Nach dem Wahlsieg der SPÖ 1970 setzte er seine politische Tätigkeit im Nationalrat fort, dem er mit Unterbrechungen von 1970 bis 1999 angehörte. Von 1971 bis 1978 war er zudem Obmann des ÖAAB und von 1979 bis 1989 Bundesparteiobmann der ÖVP. 1987–1989 war er Vizekanzler einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP und von 1987 bis 1995 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. Als Außenminister war Mock der österreichische Delegationsleiter bei den Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

### **Neutralität**

Bündnisfreiheit. Die österreichische Neutralität knüpft politisch an den Staatsvertrag von 1955 an, ist aber in einem eigenen Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 verankert. Darin heißt es, dass Österreich zur dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zur Unverletzlichkeit seines Gebietes seine immerwährende Neutralität erklärt und diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen wird. Gleichfalls erklärte Österreich, keinen militärischen Bündnissen beizutreten oder die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet zuzulassen. In den Jahren nach 1955 prägte die Neutralität im Zeitalter des Kalten Krieges nicht nur die Außenpolitik Österreichs, sondern wurde auch zu einem zentralen Bestandteil seiner Identität. Im Vorfeld des österreichischen EU-Beitritts (Beitrittsansuchen 1989, Volksabstimmung über den EU-Beitritt 1994 und EU-Beitritt 1995) spielte die Frage, ob die österreichische Neutralität mit einem EU-Beitritt vereinbar sei, eine wichtige Rolle. Schlussendlich wurde beides als vereinbar gesehen.

### **Raab, Julius**

Ehemaliger ÖVP-Politiker. Julius Raab wurde 1891 in St. Pölten (Niederösterreich) geboren. Als gelernter Bauingenieur war er von 1927 bis 1934 Abgeordneter zum Nationalrat (Christlichsoziale Partei) und Niederösterreichischer Heimwehrführer, 1938 Handels- und Verkehrsminister. Die Kriegsjahre verbrachte Raab als Bauleiter in einer Wiener Baufirma. 1945 war er Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei, deren Parteiobmann er von 1952 bis 1960 war. Von 1945 bis 1964 war Raab Abgeordneter zum Nationalrat und von 1953 bis 1961 Bundeskanzler. Unter seiner Kanzlerschaft erfolgte sowohl der Abschluss des österreichischen Staatsvertrages als auch der Beitritt Österreichs zur EFTA. Raab starb 1964.

### **Vranitzky, Franz**

Ehemaliger SPÖ-Politiker. Franz Vranitzky wurde 1937 in Wien in eine Arbeiterfamilie geboren. Er studierte an der Hochschule für Welthandel und promovierte 1969 zum Doktor der Handelswissenschaften. 1970 wurde Vranitzky zum wirtschafts- und finanzpolitischen Berater der Regierung Kreisky berufen. 1976–1981 war er stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Creditanstalt-Bankverein AG, 1981–1984 Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Länderbank AG, 1984–1986 Bundesminister für Finanzen, 1986/87, 1990, 1994 und 1996 jeweils für kurze Zeit Abgeordneter zum Nationalrat und von 1986 bis 1997 Bundeskanzler sowie von 1988 bis 1997 Bundesparteivorsitzender der SPÖ. Unter der Kanzlerschaft Vranitzkys erfolgte der EU-Beitritt Österreichs. 1997, nach seinem Ausscheiden aus der Politik, war Vranitzky OSZESonderbeauftragter für Albanien, danach Konsulent der Westdeutschen Landesbank.

### **Wiener Kongress**

Bezeichnung für den 1814/1815 in Wien stattfindenden Kongress, bei dem die Vertreter der europäischen Staaten nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft die Herrschaftsverhältnisse in Europa neu ordneten.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)